

Freiheit und
Verantwortung nicht nur
als Staatsaufgaben

Die Zukunftsfähigkeit der freien Gesellschaft

Dieter Althaus

Es gibt viele Beispiele für unermessliches Leid, für Selbstsucht, für Beliebigkeit und Willkür, für Rassen- und Klassenwahn, für den Verzicht auf den politischen Weg. Gedankliche Verirrung, Böswilligkeit und Gewalt auf der einen Seite und wegschauen, weghören, wegsehen auf der anderen Seite sind die Ursachen, wenn der Traum von einer humanen Gesellschaft, von einer menschlichen Welt, scheitert.

Jeder ist für das, was er tut oder unterlässt selbst verantwortlich. Diese Verantwortung kann niemand auf andere abschieben. Noch so schlimme Umstände können individuelles menschliches Fehlverhalten nicht rechtfertigen. Wer den Menschen nur von Instinkten und Trieben geleitet sieht, wird ihm nicht gerecht. Er unterstellt eine existentielle Sinnlosigkeit des Menschen. Die Einsicht, dass jeder Mensch Irrtum und Schuld ausgesetzt ist, bewahrt vor der Ideologisierung von Politik. Sie lässt den Menschen nüchtern erscheinen und gibt in der Politik das richtige Maß.

Einem jeden Menschen werden Gaben mit in die Wiege gelegt. Gaben werden zu Aufgaben. Sie nutzbar zu machen, schafft auch Erfüllung. Wer Verantwortung für die Welt übernehmen will, wem die Zukunft der Kinder wichtig ist, der sollte die Chancen nutzen, sich zu informieren und sich politisch einzubringen. Menschen sind auf Gemeinschaft hin ausgerichtet. Wer nicht ein wenig für andere lebt, der lebt kaum für sich. Individualisierung und Globalisierung haben daran nichts geändert. Im Gegenteil – sie unterstreichen die

Richtigkeit dieser Erkenntnis. Freiräume sind von ebensolcher Wichtigkeit wie die Geborgenheit in der Gemeinschaft. Freiheit richtig verstanden, ist nie ohne die Verantwortung für sich und den anderen zu denken. In der Demokratie ist letztlich jeder Bürger, wie groß oder gering sein Interesse an Politik auch sein möge, ein „Amtsträger“. Jeder trägt Verantwortung. Welche Regierung an der Macht ist, hängt letzten Endes davon ab, dass nicht einfach Leute gewählt werden, die ihre Ansichten fähig und brav vertreten, sondern dass Frauen und Männer ausgesucht werden, die ihrem Wissen und Gewissen folgen. So dürfen nicht jene verdammt werden, die aus Grundsatztreue auch unpopuläre Anliegen vertreten, sondern es muss vielmehr der Mut belohnt werden, die Ehrenhaftigkeit zu achten und schließlich das Richtige zu erkennen.

Wohl in keinem Beruf – außer dem des Politikers – verlangt man, dass eine Frau oder ein Mann Prestige und erwählte Laufbahn aufs Spiel setzen. Nur wenige sind dem öffentlichen Rampenlicht so ausgesetzt wie Politiker. Doch von Dante wissen wir, dass die heißeste Hölle aller Höllen denen vorbehalten ist, die sich in Zeiten großer Entscheidungen weigern, Partei zu ergreifen.

Anlass zu Stolz gibt das demokratische Ordnungssystem hier zu Lande, weil es elastisch und freiheitlich ist, weil es die öffentliche Diskussion und die Äußerung abweichender Meinungen ermutigt und letztlich, weil es einander opponierenden Interessen und Gruppen – den land-

schaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und weltanschaulichen – großen Spielraum gewährt. Diese Freiheit kann jedoch auch Demagogen mit sich bringen. In mancher Krise scheint die Demokratie nicht so schlagfertig zu sein wie die Autokratie. Dennoch ist die Überlegenheit der Demokratie offensichtlich. Aus ihr heraus entwickelt sich – mehr als das bei einem anderen System möglich wäre – Standhaftigkeit, Einfallsreichtum, Aufopferung für das Gemeinwohl und Zivilcourage.

„Verantwortete Freiheit“

Max Weber sah in der „unpolitischen Vergangenheit des deutschen Bürgertums“ eine Ursache für den Untergang des Weimarer Verfassungsstaates. Lebendige Demokratie lebt vom Mitdenken und Mittun der Bürgerinnen und Bürger. Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der freien Gesellschaft wird sein, ob es gelingt, die Idee der verantworteten Freiheit, die christdemokratischer Politik zugrunde liegt, insbesondere jungen Menschen zu vermitteln und sie als Mitstreiter für die Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu gewinnen. Von Ernst-Wolfgang Böckenförde stammt die viel zitierte und tiefgründige Feststellung, dass der freiheitlich, säkulare Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren kann.

Die Werte, die das gesellschaftliche Fundament bilden, können nicht nur nicht verordnet werden, sie gehen weit über das hinaus, was Politik aus sich heraus leisten kann. Immer dann, wenn Politik den Anspruch hatte, Heilsversprechen machen und verwirklichen zu können, scheiterte sie. Systeme, die das Paradies versprachen, waren für ihre Bewohner oft die Hölle. Nur eine Gesellschaft, die die Würde der Person anerkennt, und zwar die Würde als Wert an sich, gründet auf Voraussetzungen, die der säkulare Staat – wie Böckenförde sagt – selbst nicht ga-

rantieren kann. Wo man der Person die Würde nimmt, macht man sie zur Sache.

Freiheit und Würde des Menschen beruhen auf einer Wirklichkeit, welche die menschliche Welt übersteigt. Der Mensch verdankt sie weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Jeder ist seinem Gewissen verantwortlich und damit nach christlichem Verständnis Gott. Dieses Verständnis vom Menschen schafft eine Grundlage für verantwortliche Politik.

Die Gesellschaft von heute mit ihrer geringen religiösen Bindung braucht christliche Politiker, gerade weil sie manchmal dem Zeitgeist widersprechen und der Sache wegen auch einmal unbequem sind. Sie helfen mit, in einer Zeit des Wertewandels Orientierung zu geben und sind für viele Hoffnung in einer angsterfüllten Zeit, deren Technik- und Wissenschaftsgläubigkeit häufig das Fundament fehlt. Christliche Politiker sind auch die Brücke für den Dialog zwischen Kirche und weltlicher Ordnung. Dieser Dialog ist notwendig, weil Einsprüche der Kirche gegen die Welt – und umgekehrt – nicht wirkungslos bleiben dürfen.

Gerade in einer Welt, in der sich Veränderungen in einem atemberaubenden Tempo vollziehen, in der alte Gewissheiten in Zweifel gezogen werden, suchen Menschen Orientierung. Der christlich-demokratische Wertezug kann der Kompass sein, um neue Herausforderungen zu bewältigen, ohne Bewährtes aufzugeben.

Jeder Mensch verdient Achtung, er ist eine einmalige und unverfügbare Person. Das Recht des Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit und seine Würde sind unantastbar. Sie gelten in jeder Phase seiner Entwicklung und unabhängig davon, ob der Mensch krank oder gesund ist.

Diese Erkenntnis verpflichtet uns zum Schutz ungeborenen menschlichen Lebens, zur besonderen Unterstützung von

*Solange Kinder nur als Belastung empfunden werden, bleibt jede Familienpolitik letztlich erfolglos.
Hier Ausflug der Kindertagesstätte „Regenbogenland“ im Leipziger Clara-Zetkin-Park.*

© ZB – Fotoreport, Foto: Waltraud Grubitzsch



Menschen mit Behinderung und Kranken, zur Fürsorge für diejenigen, die noch nicht oder nicht mehr für sich selbst sorgen können.

Es ist zu befürchten, dass das infrage stellen des Lebensrechtes am Beginn (straffreie Abtreibung in den ersten drei Monaten) und am Ende (Diskussion über aktive Sterbehilfe) menschlichen Lebens zu einem moralischen Dammbruch führt, dessen Folgen noch gar nicht absehbar sind. Hier geht es nicht mehr darum, nur den Anfängen zu wehren. Dieser Zeitpunkt ist schon überschritten. Die Auseinandersetzung, bei der es gilt, offen zu sein für medizinischen Fortschritt zum Nutzen des Menschen, aber auch entschieden zu widersprechen, wenn über Unverfügbares verfügt werden soll, hat längst begonnen.

Wie es mit der „Ehrfurcht vor dem Leben“ gehalten wird, ist ein Zeichen für die Humanität einer Gesellschaft. Wer unge-

borenem, altem, behinderem, krankem menschlichen Leben weniger Achtung schenkt, beginnt Leben und Würde des Menschen zur Disposition zu stellen. Er wird die Geister, die er ruft, nicht mehr loswerden.

Subsidiaritätsprinzip

Politisches Handeln muss sich immer daran messen lassen, ob es den Bedürfnissen des Einzelnen gerecht wird. Die Zukunft der Kinder und die konkrete Lebenssituation des Menschen müssen der Maßstab verantwortlicher Politik sein. Kein Hinweis auf das große Ganze rechtfertigt Ungerechtigkeit gegenüber einer Person.

Wer in einem zentralistischen Staat aufgewachsen ist, kennt die Unzulänglichkeiten eines solchen Systemes, das kleineren Einheiten nichts zutraut, alles „von oben“ lenken will. Es ist vielmehr richtig, wenn die kleinere Einheit das, was sie al-

leine leisten kann, selbst leistet und die jeweilsgrößere Einheitsidee dabei unterstützt. Dieses Prinzip der Subsidiarität hat sich bewährt, und es ist im Zeitalter der Globalisierung wichtiger denn je. Subsidiarität nimmt Verantwortung ernst, fordert sie heraus.

Der Staat darf nicht Aufgaben übernehmen, die der Einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. Was kleinere Einheiten ebenso gut leisten können, davon sollte der Staat seine Hände lassen. Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen. In diesem Sinne trägt Subsidiarität auch zur Deregulierung und Entbürokratisierung bei.

Die kleinsten Gemeinschaften sind Ehe und Familie, sie haben sich als beständigste Form menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Keine andere gesellschaftliche Lebensform und kein Staat können sie ersetzen. Familien sind die beste Lebens- und Erziehungsgemeinschaft. In ihr wird gegenseitige Verantwortung und Solidarität erlebt.

Jedes Kind hat ein Recht auf Familie, auf persönliche Zuwendung, auf Begleitung und Liebe der Eltern.

Ehe und Familie können auch scheitern. Doch trotz sehr unterschiedlicher Erfahrungen, zum Beispiel in nicht ehemaligen Lebensgemeinschaften, und trotz hoher Scheidungszahlen, sind Ehe und Familie für die große Mehrheit – insbesondere der jungen Menschen – attraktiv, in ihr sehen sie den ersten und wichtigsten Ort individueller Geborgenheit und Sinnerfüllung.

Wenn Kinder nur als Belastung empfunden werden, wenn man Kinder nicht mehr als Bereicherung, auch des persönlichen Glückes, sieht, dann bleibt jede Familienpolitik letztlich erfolglos.

Wenn es nicht gelingt, die Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche

Gesellschaft weiterzuentwickeln und damit der strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien zu begegnen, sind all die Anstrengungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Reform der Sozialversicherungssysteme, umsonst. Die Stärkung der Familie ist alternativlos, wenn dieses Land eine Zukunft haben soll. Neben den Eltern, die an erster Stelle stehen, die das vor staatlicher Bevormundung geschützte Elternrecht und damit auch die elterlichen Sorgepflichten haben, neben der Gesellschaft, die sich fragen lassen muss, wie sie Kindern begegnet, sind auch Politik und Staat in der Pflicht.

Es ist eine der zentralen Aufgaben, ausreichend Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung zu stellen. Der Kindergarten muss ebenso wichtig sein wie Schule, Ausbildungsplatz und Universität. Einem dementsprechenden Engagement bedarf es, so dass wieder mehr Menschen ihren Wunsch zu Kindern auch in die Tat umsetzen. Denn wenn die kleine Einheit Familie gesund ist, stärkt das auch die jeweils größeren Einheiten, Kommunen, Land und Bund.

Der Mensch als Subjekt

Ohne Solidarität kann keine Gemeinschaft existieren. Sie zeichnet die Wechselbeziehung zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft aus. Das Maß an Solidarität in einer Gesellschaft gibt Auskunft über das soziale Klima in einem Land. Heute geht es fast ausschließlich um den Anspruch des Einzelnen auf Zuwendung und Hilfe, wenn über Solidarität gesprochen wird. Dabei ist Solidarität keine Einbahnstraße. Solidarität ist nicht nur das, was man von anderen erwartet, nicht nur das, was man selber gibt, sondern auch das, womit man andere nicht belastet. Solidarität im christlich-demokratischen Wertezug bedeutet „wechselseitige Verantwortlichkeit“.

Wer den Menschen als einzigartige Person ernst nimmt, muss ihn anders be-

handeln als ein Objekt. Der Mensch ist Subjekt mit ganz individuellen Bedürfnissen, Wünschen und Sehnsüchten, die weit über die materielle Befriedigung hinausgehen. Er hat einen Anspruch darauf, gefördert und gefordert zu werden. Sein Tun soll „Sinn machen“.

Mehr Verantwortung zu tragen für die finanzielle Absicherung im Alter, für die Gesundheit, für seine eigene Entwicklung, ist im Interesse des freien Bürgers. Die Bevormundung von der Wiege bis zur Bahre hat dem Einzelnen nicht nur seine Verantwortung abgenommen, sondern auch seine Freiheit eingeschränkt, seine Persönlichkeit vergesellschaftet.

Die für eine aktive Sozialpolitik vorhandenen Mittel müssen auf die konzentriert werden, die sie wirklich benötigen und grundsätzlich muss jedem so viel von seinem Einkommen gelassen werden, dass er von seinem eigenen Geld leben und für sich vorsorgen kann.

Auch auf einem anderen Feld muss Solidarität neu austariert werden.

Eine ernsthafte Debatte über die demografische Entwicklung ist überfällig. Die Generationensolidarität und mit ihr die sozialen Sicherungssysteme sind in Gefahr. Es geht um weit mehr als um das Argument, warum eine Generation, die mit einem geringeren Rentenniveau wird leben müssen, höhere Rentenversicherungsbeiträge einzuzahlen soll als jede Generation vor ihr.

Wenn die Politik hier ihre Hausaufgaben nicht erledigt, droht ein Generationenkonflikt ganz neuer Qualität.

Das Gesicht unseres Landes verändert sich dramatisch. Schon heute fällt ausländischen Besuchern auf, dass man in Deutschland so wenige Kinder sieht. Dabei wird es in den nächsten fünfzig Jahren nie wieder so viele Kinder und Jugendliche in Deutschland geben wie zurzeit. Wenn es dabei bliebe, dass die Kinderzahl bei jeder Generation wie jetzt um ein Drittel niedriger wäre als die der Elterngene-

ration, dann leben am Ende dieses Jahrhunderts statt 82 Millionen nur noch 30 Millionen Menschen in Deutschland. Sollte sich an diesem Trend nichts ändern, dann ändert sich in Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Kultur grundlegend alles.

Elternschaft als Berufung

Es ist ein Teufelskreis: Die seit drei Jahrzehnten konstant abnehmenden absoluten Geburtenzahlen bewirken einen abermaligen Geburtenrückgang. Dann nämlich, wenn die Nichtgeborenen in dem Alter wären, dass sie selbst wieder Kinder hätten.

Grundsätzliche Schritte sind notwendig, um hier gegenzusteuern. Alternative Optionen müssen genutzt werden, damit jeder seinen Beitrag zum Generationenvertrag leisten kann. Es muss wieder deutlich werden, welche Erfüllung die Entscheidung zur Elternschaft, zu den „Berufungen“ zur Mutter und zum Vater mit sich bringt. Es bringt nichts, darum herum zu reden: Das Entscheidende an jeder Art von demografisch orientierter Politik ist, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Frauen und Männer den durchaus vorhandenen Kinderwunsch auch verwirklichen.

Wenn es einen Staat gäbe, der dem Menschen alles, was er braucht, zur Verfügung stellen könnte, dann wäre dieser Staat auch so stark, dass er dem Menschen alles nehmen könnte. Ein solcher Staat kann nicht gewollt sein. Die Erfahrungen mit staatlich organisierter Unfreiheit sind vielfältig.

Ein Wesenzug freier Gesellschaften ist das ehrenamtliche, bürgerschaftliche, freiwillige Engagement. Der Staat könnte das, was ehrenamtlich erbracht wird nicht nur nicht finanzieren, er könnte es auch – unabhängig vom Geld – gar nicht vergleichbar leisten. Ehrenamtliche Arbeit schafft Freiheitsräume, gerade weil der Staat nicht eingreift. Keine staatlich-amtliche Anstrengung kann ersetzen, was eh-

renamtlich im Sozialen, in der Kultur, im Sport und nicht zuletzt in der Politik erreicht wird.

Jeder wird gebraucht in diesem Land. Es gibt genug Aufgaben. Die einseitige Profilierung des Erwerbssektors wird der Familienarbeit und dem so genannten dritten Sektor, dem weiten Feld freiwilligen, gemeinnützigen, bürgerschaftlichen Engagements nicht gerecht. Lob gebührt der großartigen Bereitschaft vieler Menschen in diesem Land, sich unentgeltlich für eine gute Sache zu engagieren. Angebote müssen geschaffen werden, damit diejenigen, die sich einbringen wollen, dies können und ihr Einsatz Anerkennung, zum Beispiel die Berücksichtigung von im Ehrenamt erworbener Qualifikationen, findet.

Es ist nicht akzeptabel, wenn nur 0,15 Prozent der angesprochenen Zielgruppe ein Angebot zum Freiwilligendienst gemacht werden kann, das Interesse aber die zur Verfügung stehenden Stellen um ein Vielfaches übersteigt. Wenn sich junge Menschen gemeinnützig einbringen wollen, dann sollte dies unterstützt werden, anstatt dass – zu Unrecht – über mangelndes Engagement geklagt wird.

Das gilt übrigens auch für die Politik. Es verrät einen verengten Blick, wenn man bei Politik nur an den Bundestag und die Landtage denkt und die Kreis-, Stadt- und Gemeindepalamente vergisst. Das Bild ist absolut unvollständig, wenn man nur die so genannten Berufspolitiker betrachtet, die vielen Millionen aber außer Acht lässt, die sich ehrenamtlich in ihren Parteien für unser Land einsetzen. Die allermeisten, die sich in Deutschland politisch engagieren, tun das ehrenamtlich.

Sie sind die Demokraten, die für die Werte stehen, auf die die Mütter und Väter des Grundgesetzes gesetzt haben.

Die deutsche Verfassung legt im Artikel 2 eindeutig fest, dass die Würde des Menschen vornehmlich in der „freien Ent-

faltung der Persönlichkeit“ besteht. Das Grundgesetz entscheidet wertsystematisch: Der Wert der Freiheit, der in der Menschenwürde begründet ist, steht über dem ebenfalls in der Menschenwürde begründeten Wert der Gleichheit. Freiheit ist unteilbar, und sie ist lückenlos zu schützen. Die aus der Menschenwürde fließende Freiheit wird nur begrenzt durch die Individualwerte der Mitmenschen, durch den moralischen Wert des „Sittengesetzes“ und durch den Gemeinschaftswert der „verfassungsmäßigen Ordnung“.

Es ist die Aufgabe des Staates, dem Menschen den notwendigen Freiraum zu sichern. Nur wenn der Mensch lernt, in der Gemeinschaft mit anderen zu leben, kann er sich frei entfalten. Bewältigte Aufgaben stärken und geben Kraft zu neuen Herausforderungen. Wer nie die Erfahrung machen durfte, an Schwierigkeiten zu wachsen, wird sich vor jeder Aufgabe scheuen und letztlich ein Gefangener seiner eigenen Ängste sein. Wer nur an sich denkt, beraubt sich der Freude, für andere da zu sein. Man ist nicht frei, sondern einsam und arm, wenn man von jeder Verpflichtung und jedem Verzicht befreit sein möchte.

Erst durch die Selbstverantwortung und Mitverantwortung im praktischen Leben verwirklicht sich Freiheit.

Die erste deutsche Demokratie scheiterte an den Extremen von links und rechts. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die zweite deutsche Demokratie nicht an Sattheit, geistiger Trägheit und moralischer Gleichgültigkeit zerbricht. Gerade die Menschen in den jungen Ländern, die mit der friedlichen Revolution entscheidend zur Stärkung von Freiheit und Demokratie in Deutschland und darüber hinaus beigetragen haben, können hier wichtige Erfahrungen einbringen. Mit Kerzen in den Händen und Gebeten auf den Lippen haben sie einem totalitären Staatsapparat getrotzt. Die Idee der Frei-